



GFL/UWG – Fraktion

im Kreistag des Kreises Unna

Rede zum Haushalt 2018

im Kreistag des Kreises Unna

Kunibert Kampmann

Sitzung des Kreistages

12. Dezember 2017

Es gilt das gesprochene Wort!

Sehr geehrter Herr Landrat,
liebe Kollegen und Kolleginnen des Kreistages,
meine Damen und Herren der Verwaltung,
liebe Gäste dieser Kreistagssitzung,

bis vor wenigen Tagen bin ich **n i c h t** davon ausgegangen in meinem Leben einmal eine Haushaltsrede halten zu dürfen – zu Hause vielleicht – aber nicht im Kreistag.

Selbst für die nächste Legislaturperiode ab 2020 schien die Aussicht darauf eher gering, gab es doch den Vorstoß der SPD, CDU und der Grünen im Land, und leider auch im Kreis, eine Sperrklausel von 2,5 % für den Einzug in die Kommunalparlamente (damit auch in den Kreistag) einzurichten.

Dieses Bestreben tat weh. Vor allem die Kernaussage der Begründung: Die Kommunalparlamente werden zersplittert und die Funktionsfähigkeit wird in Frage gestellt. Traut man kleinen Parteien, Gruppen und Einzelpersonen nicht zu politisch verantwortungsvoll handeln zu können?

Meine Damen und Herren,
dieser Auffassung ist der Landesverfassungsgerichtshof am Dienstag, den 21.11.2017, **n i c h t** gefolgt.

Die vom Landtag beschlossene Sperrklausel bei der Wahl von Kommunalparlamenten in NRW ist **verfassungswidrig**.

Es war ein „netter Versuch“ sich eine Meinungs- und Entscheidungsautonomie zu sichern – wenig demokratisch dazu.

Die Energie für den Vorstoß einer solchen Gesetzesänderung wäre besser eingesetzt gewesen bei der Beschäftigung mit

Sachfragen und dem Haushalt, womit ich wieder beim eigentlichen Thema bin.

Wir werden in dieser Haushaltsrede keinen Bericht über bearbeitete Handlungsfelder, über beschlossene Maßnahmen, unsere Verdienste oder Wahlprogramm und auch nicht über Landes-, Bundes- und Weltpolitik abgeben.

Wir sind orientieren uns am Haushalt und seinen Eckdaten.

- **Haushaltseckdaten**

Herr Dr. Wilk hat in seiner Rede zur Einbringung des Haushaltes folgendes gesagt: „Uns geht es besser als in der Vergangenheit!“

Wir blicken zurück.

2015 sah es noch so aus als ob der Kreis Unna in die Überschuldung abgleitet. Dies ist Gott-sei-Dank nicht geschehen. Der Kreis steht heute deutlich besser da als 2015.

In den Haushaltsreden 2015 war die Rede vom überschuldeten Kreis, ja sogar vom „Pleite Kreis“ (Herr Jasperneite). Als Gründe wurden genannt:

- „ein stoisches Beharrungsverhalten von Teilen der Verwaltungsspitze und des Landrates.“
(Haushaltsrede 2015, geh. Dez. 2014 CDU/Jasperneite) und
- Eine „ Mischung aus Weinerlichkeit, Tatenlosigkeit und Verhinderungsbürokratie“, festgemacht an alten Strukturen
(Haushaltsrede 2015, geh. Dez. 2014 CDU/ Jasperneite)

Hier war die Sichtweise und Schuldzuschreibung wohl eher etwas zu einfach. Es wird ausgeblendet, dass die Politik hätte anders agieren können und auch **müssen**. Die Misere ausschließlich als lokales Versagen – besonders der

Verwaltung – anzusehen kann nur als Ablenkungsmanöver angesehen werden.

Der Haushalt war seinerzeit, und ist es heute auch noch, ein „Sozialhaushalt“. Wie der Übersicht aus der Präsentation von Herrn Dr. Wilk zum Ergebnisplan zu entnehmen ist, werden insgesamt 229,8 Millionen (46,5 %) für Transferaufwendungen notwendig. Das wird sich in absehbarer Zeit auch nicht ändern. Aber trotz der zurückliegenden schwierigen Zeiten (Zunahme von Zuwanderung, explosionsartige Zunahme von Eingliederungshilfen) steht der Kreis heute besser da – die beste Haushaltssituation seit 27 Jahren.

Wodurch zeichnet sie sich aus?

1. Bei der Zahllast zur Allgemeinen Kreisumlage gab es in 2016 noch einmal eine Steigerung, aber in Folge eine Stabilisierung und erwartet wird für das Haushaltsjahr 2018 sogar eine Verminderung um 1,7 Mio. Euro. Damit sinkt der Hebesatz auf nach den bisherigen Zahlen auf 41,85 v.H – positiv für die Städte und Gemeinden im Kreis
2. Es hat in den letzten Jahren eine äußerst positive Eigenkapitalentwicklung stattgefunden von 2,307 Mio (2013) auf 21,596 Mio Euro (2016)
3. Die Ausgleichsrücklage ist von 0 Euro (2013) auf über 7 Mio Euro (2016) gestiegen.

Die Zahlen sprechen für sich und geben wesentliche von Dr. Wilk präsentierten Eckdaten wieder.

Mit zum positiven Ergebnis beigetragen haben – das sei nicht verschwiegen - natürlich auch anderen Faktoren wie Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt und Binnenkonjunktur usw.

Aber es gibt auch Entwicklungen die sich auf den Haushalt auswirken, die aber aktuell schwer einzuschätzen sind:

- Wie entwickelt sich der Familienzuzug von Personen mit subsidiären Schutzstatus bei Aufhebung der Befristung des Familienzuzugs?
- Was ist mit den Transferaufwendungen für Eingliederungshilfen für Schülerinnen und Schüler mit körperlicher, geistiger oder seelischer Behinderung?

- **Investitionen 2018:**

Bei der Betrachtung des Gesamthaushaltes ist aus Sicht der GFL/UWG festzuhalten, dass die geplanten Investitionen maßvoll sind mit einem Schwerpunkt im Bereich Bildung. Die starke Investitionstätigkeit im Bereich Bildung wird sich in den kommenden Jahren wohl noch fortsetzen. Dabei ist der Neubau des Förderzentrums Unna ein nicht unerheblicher Faktor bei den Investitionen, aber notwendig um ein modernes und leistungsfähiges Förderzentrum am Standort Unna vorhalten zu können.

- **Stellenplan / Personalaufwandsplanung 2018:**

Nach dem ersten Schrecken über eine Stellenerhöhung von 1077,1 auf 1166,8 gibt es keine Veränderungsbestrebungen zu den Personalaufwendungen seitens der GFL/UWG. Bei der Personalaufstockung handelt sich - wie aus den Vorlagen ersichtlich - um 74,8 Stellen die drittfinanziert werden und im Wesentlichen auf die Übernahme der neuen Aufgabe der Zentralen Ausländerbehörde zurückgehen. Das war so gewollt, einstimmig beschlossen und ist Konsens.

Die Erhöhung um rund 15 Stellen im kreisumlagererelevanten Bereich wird mitgetragen. Aus der Beratung in den Fachausschüssen sind die Bereiche bekannt in den Vollzugsdefizite sichtbar geworden sind (Beispiel Heimaufsicht). Des Weiteren sollte im Kreis Unna nicht die Situation entstehen, dass Gelder aus Investitionsförderprogrammen nicht abgerufen

und verbaut werden können weil es an Personal für Planung und Umsetzung fehlt, was bekanntlich bei einigen Städten und Gemeinden in NRW der Fall ist.

Die GFL/UWG vertraut der Einschätzung der Verwaltung bezüglich der Notwendigkeit der zusätzlich zu schaffenden Stellen.

- Der **Gesamtergebnisplan** mit all seinen positiven Auswirkungen ist letztendlich aber auch als Produkt der Einzelprodukte zu sehen. Dabei sind die Produkte unterschiedlich zu bewerten und betrachten. Vor dem Hintergrund der vielen Pflichtaufgaben des Kreises sind Steuerungsmöglichkeiten aber auch sehr begrenzt.

Anmerkung:

Im Haushaltsentwurf sind Ausgaben eingepreist, die letztendlich als eine Form interkommunaler Zusammenarbeit zum Wohle des Kreises zu bewerten sind. Dazu gehört die Unterstützung des Heinz- Hilpert-Theaters in Lünen, was über die Grenzen des Kreises bekannt ist. Aber auch die Unterstützung bei der Straßenbahnverbindung von Lünen-Brambauer nach Dortmund.

Dem Engagement des Kreises gebührt Dank.

Vielen Dank!

Bezüglich des Theaters in Lünen seien hier noch die Worte von Dr. Norbert Lammert (CDU), ehemaliger Präsident des Bundestages, beim Besuch in Lünen zitiert:

„Die Politik soll die Voraussetzungen schaffen, damit Künstler ihre Kreativität ausleben können. Ein Staat, der beginnt, die Kultur beeinflussen zu wollen, beschneidet genau diese Kreativität.“

Aus Sicht der GFL/UWG darf Kultur nicht ausschließlich unter dem Gesichtspunkt der Wirtschaftlichkeit betrachtet werden.

Kürzungen und Veränderungen im Produkt Kultur wird die GFL/UWG im Laufe der weiteren Beratungen n i c h t zustimmen.

- **Wirkungsorientierte Steuerung (WOS)**

Der vorgelegte Haushaltsentwurf ist eng verknüpft mit der Wirkungsorientierten Steuerung (WOS). Ich komme noch einmal auf den Beginn meiner Rede und den zitierten Ausführungen in Haushaltsreden zum Haushalt 2015 zurück und stelle fest:

- Die Einführung der Wirkungsorientierten Steuerung ist der Gegenbeweis für ein stoisches Beharrungsverhalten von Teilen der Verwaltungsspitze und des Landrates und von Verhinderungsbürokratie mit Festhalten an alten Strukturen.

Die Einführung des Systems der Wirkungsorientierten Steuerung war am Anfang etwas holprig. Ich erinnere an die Leitzieldebatte. Dabei wurden die kleinen Fraktionen weitgehend ignoriert. Glatter wäre es für die großen Parteien SPD und CDU sicherlich gegangen wenn es vor den letzten Wahlen bereits eine 2,5 % Klausel gegeben hätte, die nun als verfassungswidrig erkannt wurde.

Die GFL/UWG sieht in der WOS ein effektives Steuer- und Managementsystem. Das System kann nur durch ein vertrauensvolles Zusammenspiel zwischen Verwaltung und Politik, damit sind **alle** Fraktionen und Gruppen gemeint, funktionieren.

Nicht ganz ernsthaft angemerkt sei aus meiner Sicht (Viele wissen, dass ich als Leiter des Förderzentrums Nord auch noch

Lehrer bin), dass die Keimzelle der Wirkungsorientierten Steuerung in der Förderschule mit dem Förderschwerpunkt Emotionale und Soziale Entwicklung liegt. Zugegeben mit der wirkungsorientierten Steuerung bei die Schülerrinnen und Schülern mit kreativem Verhalten hapert es manchmal. Aber bei jedem größeren Unterrichtsvorhaben (bereits in den 70er Jahren) wird sich orientiert an definierten Leitziele des Produktes Unterrichtsfach. Es gibt ein Grobziel für das Unterrichtsvorhaben als Gesamtes und auf die einzelnen Unterrichtsstunden wird mit Bezug auf die Leitziele das ganze Vorhaben auf operationalisierte Feinziele heruntergebrochen. Soll heißen: Es werden die für eine Zielerreichung notwendigen Mittel (Interventionen) und die gewünschte Wirkung festgelegt. Die erreichte Wirkung wird an vorher definierten Indikatoren gemessen. Dabei ist die Angemessenheit der eingesetzten Mittel zu hinterfragen. Sie werden zugeben: Das erinnert doch stark an „Wirkungsorientierte Steuerung“. Ist aber tatsächlich etwas weit hergeholt.

- **Was können wir tun um das System WOS zu optimieren um erfolgreiche Politik betreiben zu können?**

Antwort:

Beispiel

Es ist darauf zu achten, dass im operativen Tagesgeschäft zwischen Politik und Verwaltung bei grundlegenden Entscheidungen Vorbehalte gegenüber Personen nicht dazu führen, dass Wesentliches auf der Strecke bleibt und Entscheidungen fallen oder hinausgezögert werden, so dass dem Kreis Schaden (finanziell, wie auch am Image) entsteht. Dabei denkt die GFL/UWG an den Skulpturenpark. Es wäre seitens der Groko ehrlich gewesen hier einen Fehler einzugestehen und zu korrigieren.

An dieser Stelle möchte ich ein chinesisches Sprichwort heranziehen:

„Die Menschen stolpern nicht über Berge, sondern über Maulwurfshügel.“

SPD und CDU haben in diesem Punkt den Blick für das Gesamte verloren und sind über einen Maulwurfshügel gestolpert.

Mit diesem chinesischen Sprichwort beende ich die Haushaltsrede und teile mit, dass die GFL/UWG -Fraktion dem Gesamthaushalt 2018 zustimmt.

Was die Bearbeitung der noch eingebrachten Anträge und Änderungsanträge im Anschluss betrifft, versichern wir, dass wir bei der Gesamtzustimmung zum Haushalt 2018 nicht über einen Maulwurfshügel stolpern werden.

Die GFL/UWG- Fraktion, dankt der Verwaltung für die gute und vertrauensvolle Zusammenarbeit,
wünscht Ihnen allen ein schönes Weihnachtsfest und einen guten und friedvollen Übergang in das Jahr 2018.
Möge sich das neue Jahr entsprechend Ihrer Wünsche und Vorstellungen entwickeln.

Glück auf
und vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit

Kunibert Kampmann